

INHALT

POLEN

- Magdalena Solska
3 Kohabitation und Polarisierung. Polens Regierung vor schwierigen Aufgaben
 Tomasz Tadeusz Koncewicz
6 Nach dem Kollaps. Perspektiven der Rechtsstaatlichkeit in Polen
 Stanisław Obirek
10 Kritikresistent? Die katholische Kirche in der polnischen Gesellschaft

SLOWAKEI

- Grigorij Mesežnikov
13 Überlebenskampf. Liberale Demokratie in der Slowakei in Gefahr
 Rast'o Kužel
18 Medien unter Beschuss. Demokratische Rückschritte unter Fico
 Michal Hvorecký
20 Kultureller Kahlschlag. Neurechte Kulturpolitik in der Slowakei
 Karin Rogalska
22 Verdrängte Zeitbomben. Herausforderungen für die slowakische Wirtschaft
 Jozef Žuffa
24 Krise und Transformation. Gesellschaft und Kirche in der Slowakei

UNGARN

- Melani Barlai
26 Schleichender Umbau. Ungarns politisches System unter Viktor Orbán
 Alexander Faludy
28 Bedenkliche Nähe. Begnadigungsskandal, Religion und Politik in Ungarn

BUCHBESPRECHUNGEN

- Konstantin Sigow
30 Für Deine und meine Freiheit
 Jacob Mikanowski
Adieu, Osteuropa
 Michael Gehler, Piotr H. Kosicki, Helmut Wohnout (eds.)
31 Christian Democracy and the Fall of Communism
 Angela Ilić (Hg.)
Bekenntnis und Diaspora

Titelbild

Blick auf Bratislava; im Vordergrund: Erzengel Michael kämpft mit dem Drachen auf dem Michaelertor.

Foto: Shutterstock.com

Die Zeitschrift RGOW wird vom Forum RGOW – Religion & Gesellschaft in Ost und West herausgegeben, das vom gleichnamigen Verein getragen wird.

© Nachdruck von Texten und Übernahme von Bildern nur mit Genehmigung der Redaktion.



Liebe Leserin Lieber Leser

„Ernste Besorgnis“ äußert die EU-Kommission in ihrem diesjährigen Bericht zur Rechtsstaatlichkeit mit Blick auf die Slowakei. Der Ende Juli erschene Bericht nimmt vier Bereiche in allen EU-Mitgliedsstaaten unter die Lupe: Justizsystem, Korruptionsbekämpfung, Medienvielfalt und -freiheit sowie Gewaltenteilung. In all diesen Bereichen lassen sich seit dem erneuten Machtantritt von Robert Fico gravierende Rückschritte verzeichnen. In atemberaubendem Tempo versucht Fico in seiner vierten Amtszeit als slowakischer Ministerpräsident, die Grundlagen des politischen Systems umzukrempeln: Die Sonderstaatsanwaltschaft für Korruptionsvergehen wurde aufgelöst, die Strafen für Korruptionsdelikte herabgesetzt und der öffentlich-rechtliche Rundfunk reorganisiert, um dessen kritischen Generaldirektor loszuwerden. Die Regierung in Bratislava plant zudem ein NGO-Gesetz, das das Arbeitsumfeld von NGOs, insbesondere solchen, die in der Menschenrechtsarbeit tätig sind, massiv verschlechtern würde. Als Inspiration für dieses Vorhaben dienen offensichtlich die Gesetze über sog. „ausländische Agenten“ in Russland, Ungarn und Georgien. Die EU-Kommission hat bereits angedroht, ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, sollte die Fico-Regierung an ihren Plänen für das NGO-Gesetz festhalten.

Als Blaupause für den Umbau des Staates, der die Grundlagen des demokratischen Rechtsstaats untergräbt, dient Fico die Machtausübung von Viktor Orbán in Ungarn. Unter Orbán hat sich Ungarn mit dem schrittweisen Abbau demokratischer Strukturen von einer liberalen Demokratie zu einem „illiberalen“ Staat entwickelt. Auch die von Orbán propagierte Identitätspolitik, die sich auf angebliche „traditionelle Werte“ und die Betonung der eigenen nationalen Identität stützt, findet Nachahmung in der Slowakei: Die Kulturministerin Martina Šimkovičová, ein Star der Verschwörungstheoretiker-Szene, hat die Leitungen zahlreicher Kulturinstitutionen entlassen, schwadroniert von „LGBT-Ideologie“ und vertritt eine radikal nationalistische Konzeption von Kultur.

Die politischen Entwicklungen in der Slowakei geben in der Tat Anlass zur Sorge und gehen uns alle an, wie der slowakische Schriftsteller Michal Hvorecký warnt, denn überall in Europa mehrten sich die Stimmen derer, die einen radikalen Umbau des politischen Systems propagieren und damit vor allem einen Abbau rechtsstaatlicher, demokratischer Prinzipien im Blick haben. Das Beispiel Polen zeigt eindrücklich, wie schwierig es ist, die von der nationalkonservativen PiS-Regierung untergrabene Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen. Es geht nicht nur darum, institutionelle Veränderungen rückgängig zu machen, sondern auch ein gesellschaftliches Verständnis für eine verfassungsmäßige Ordnung zu wecken, damit diese nicht noch einmal von einer Regierung gekapert werden kann.

Stefan Kube, Chefredakteur